



---

## Neustart in der Verkehrspolitik

„Millionen Menschen pendeln täglich zwischen ihrem Wohn- und Arbeitsort. Daher ist eine funktionierende Infrastruktur die Voraussetzung für Arbeit und damit Wohlstand in unserem Land“ betont Rainer Deppe, stv. Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Die NRW-Koalition macht in ihrem Antrag deutlich, dass in Nordrhein-Westfalen wieder deutlich mehr in Infrastruktur investiert werden muss.

Das bisherige Bündnis für Infrastruktur entwickeln wir weiter zu einem Bündnis für Mobilität. Wissenschaftler, Nutzer und Anbieter von Mobilität sollen sich in diesem Konsortium mit den Infrastruktur- und Mobilitätsthemen befassen und Lösungsansätze erstellen. Die Digitalisierung wird auch in den Kommunen vernetzte Mobilitätsangebote ermöglichen.

Mit dem Antrag „Neustart in der Verkehrspolitik-Gemeinsam die Zukunft der Mobilität gestalten“ setzen sich CDU und FDP dafür ein, dass die Wiederherstellung, der Erhalt und der bedarfsgerechte Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur vorangetrieben wird.

21.11.2017

## Antrag

**der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP**

### **Neustart in der Verkehrspolitik – Gemeinsam die Zukunft der Mobilität gestalten!**

#### **I. Ausgangslage**

Eine funktionierende Infrastruktur ist die Voraussetzung für Wohlstand in unserem Land. Neben den Waren, die über die nordrhein-westfälische Verkehrsinfrastruktur transportiert werden, pendeln täglich Millionen Menschen zwischen ihrem Wohn- und Arbeitsort. Das steigende Verkehrsaufkommen und ein Wandel bei den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen stellen neue Herausforderungen an die Infrastruktur und unsere Mobilitätsangebote sowie ihre Vernetzung. Zugleich müssen neue technische Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden.

In den letzten beiden Legislaturperioden wurde dem Ausbau der nordrhein-westfälischen Straßen- und Schieneninfrastruktur nur eine geringe Bedeutung zugemessen. In den vergangenen sieben Jahren haben fehlende baureife Planungen und falsche Prioritätensetzung im Verkehrsbereich durch die rot-grüne Landesregierung erheblich dazu beigetragen, dass die Nutzer der nordrhein-westfälischen Verkehrsinfrastruktur trotz des Investitionshochlaufs des Bundes einen Substanzverzehr zu beklagen haben.

Zwischen Juli 2005 und Juni 2010 wurden 88 Planfeststellungsverfahren für Bundesfernstraßen- und Landesstraßenprojekte zu Ende gebracht. Im deutlich längeren Zeitraum von Juli 2010 bis Dezember 2016 erfolgten unter rot-grüner Regierungsverantwortung lediglich 49 Planfeststellungsbeschlüsse. Statt ausreichend in neue Planungen zu investieren, wurde 2011 eine Streichliste für den Landes- und Bundesfernstraßenbau beschlossen. Bis 2013 wurden zudem Ingenieurstellen beim Landesbetrieb Straßen.NRW abgebaut. In der Folge konnten im Jahr 2013 aufgrund fehlender baureifer Projekte Bundesmittel in Höhe von knapp 43 Millionen Euro nicht abgerufen werden. Marode Straßen und Brücken, viele Baustellen und lange Staus sind eine Konsequenz der Versäumnisse der letzten Jahre.

Die nordrhein-westfälische Infrastruktur ist überlastet. Sie stößt in der derzeitigen Verfassung an ihre Kapazitätsgrenzen. Deshalb muss in Nordrhein-Westfalen wieder mehr in Infrastruktur

Datum des Originals: 21.11.2017 /Ausgegeben: 21.11.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

investiert werden. Sie muss umfassend repariert und zielgerichtet ausgebaut werden. Es muss wieder in den Erhalt investiert werden, die Fehler der Vergangenheit dürfen nicht wiederholt werden. Die NRW-Koalition schafft die Voraussetzungen dafür, Planungs-, Genehmigungs- und Bauvorhaben schneller voranzubringen.

Die Versäumnisse der letzten Jahre werden sich nicht in wenigen Monaten beheben lassen. Die NRW-Koalition verfolgt deshalb eine langfristig ausgerichtete, zukunftsorientierte und ideologiefreie Verkehrspolitik. Das bedeutet, die Mobilität von heute und für die Zukunft zusammen zu denken und dabei den Nutzer in den Mittelpunkt zu stellen.

Die Potenziale der Digitalisierung für Mobilität und Verkehr müssen erschlossen werden. Denn die Digitalisierung wird unter anderem neue Formen der Vernetzung, eine intelligente Infrastruktur, vernetzte Mobilitätsangebote sowie innovative Verkehrskonzepte auch vor Ort in den Kommunen möglich machen. Schon heute existieren konkrete Anwendungsmöglichkeiten, z.B. Ride-, Bike- und Carsharing. Vernetzte Mobilität bietet außerdem die Chance, die bestehende Infrastruktur im Zusammenspiel mit intelligenter Verkehrsleitung besser zu nutzen und Verkehrsströme gleichmäßiger als bisher zu verteilen.

Mobilität muss ganzheitlich betrachtet werden, um die Effizienz der Verkehrsnetze verkehrsträgerübergreifend auf Straßen, Schienen, im Wasser, in der Luft sowie im Personen- und im Güterverkehr zu erhöhen. Die Chancen neuer Technologien wie autonomes Fahren und alternative Antriebstechniken müssen weiterentwickelt werden. Dabei sind auch die Anforderungen der Ausgestaltung der dafür erforderlichen Infrastruktur zu berücksichtigen.

Aus diesen Gründen entwickelt die NRW-Koalition das Bündnis für Infrastruktur zu einem Bündnis für Mobilität weiter und gestaltet die Zukunft der Mobilität. In diesem Bündnis sollen sich Wissenschaftler, Nutzer und Anbieter von Mobilität mit den Infrastruktur- und Mobilitätsthemen von heute und morgen beschäftigen und Lösungsansätze erarbeiten. Das ursprüngliche Anliegen des Bündnisses für Infrastruktur, diese wieder zu ertüchtigen, wird weiter verfolgt. Um dies zu ermöglichen, müssen auch Planungsprozesse und die notwendige Akzeptanz von Verkehrs- und Bauprojekten erhöht werden. Das Bündnis für Mobilität geht so längst überfällige Themen der Infrastrukturertüchtigung an und stellt die Weichen für die Digitalisierung in der nordrhein-westfälischen Verkehrspolitik.

Die Landesregierung wird bei diesen Prozessen ressortübergreifend zusammenarbeiten. Das Verkehrsministerium erhält durch den Aufbau einer neuen Abteilung die Möglichkeit, diese Zukunftsfragen systematisch anzugehen. Dabei soll interdisziplinär und in enger Zusammenarbeit mit den weiteren betroffenen Ressorts den Fragen nachgegangen werden, wie Mobilitätskonzepte der Zukunft gestaltet und die Chancen der vernetzten Mobilität für unser Land erschlossen werden können.

## **II. Beschlussfassung**

Der Landtag stellt fest:

- Eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur ist eine Grundlage für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in Nordrhein-Westfalen.
- Unter der abgewählten rot-grünen Landesregierung sind die Verkehrsinfrastruktur sowie die Entwicklung neuer Mobilitätskonzepte in unserem Land vernachlässigt worden.

- Der Wiederherstellung, dem Erhalt und dem bedarfsgerechten Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur kommt eine große Bedeutung zu.
- Alle Möglichkeiten der Digitalisierung für den Verkehrsbereich sind in einem regelmäßigen Dialog mit Wissenschaft, Anbietern und Nutzern systematisch zu erforschen und für unser Land nutzbar zu machen.
- Die Chancen aus den innovativen technologischen Entwicklungen im Verkehrsbereich für das Land NRW sind systematisch zu erschließen.
- Technologieoffenheit muss insbesondere auch für alle Formen unterschiedlicher Antriebstechniken gelten.
- Vernetzte Mobilität schafft nicht nur neue Kapazitäten auf Straße und Schiene, sondern hilft die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen in unserem Land besser zu erfüllen.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- ideologiefrei alle notwendigen Schritte zur umfassenden Ertüchtigung der Infrastruktur aller Verkehrsträger anzugehen. Dies umfasst die nachholende Sanierung, die Modernisierung, den Erhalt sowie den bedarfsgerechten Aus- und Neubau.
- die Effizienz der Verkehrsnetze verkehrsträgerübergreifend zu erhöhen und neue Mobilitätskonzepte zu ermöglichen.
- die Vernetzung von ÖPNV und individuellen Mobilitätsangeboten inkl. Rad voranzubringen.
- das Verbandsklagerecht kritisch zu überprüfen und die Planungsbeschleunigungsstrategie des Bundes intensiv zu begleiten, um mit einem modernen und bürgerfreundlichen Planungsrecht zügig planen und bauen zu können.
- das Bündnis für Infrastruktur zum Bündnis für Mobilität fortzuentwickeln.
- das Zukunftsnetz Mobilität zu stärken.
- multimodale Mobilitätsstationen zu fördern.
- Sharing-Angebote auch in Mittelzentren und ländliche Regionen zu bringen.

Bodo Löttgen  
Matthias Kerkhoff  
Rainer Deppe  
Klaus Voussem

und Fraktion

Christof Rasche  
Henning Höne  
Bodo Middeldorf

und Fraktion